

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1931

17.11.1931 (No. 268)

Karlsruher Zeitung

Badischer Staatsanzeiger

Expedition:
Karlsriedrich-
Straße Nr. 14
Fernsprecher
Nr. 953
und 954
Postfachkonto
Karlsruhe
Nr. 9515

Verantwortlich
für den
redaktionellen
Teil
und den
Staatsanzeiger:
Chefredakteur
G. A. M. e. n. d.
Karlsruhe

Bezugspreis: Monatlich 3,25 RM. einschließlich Zustellgebühr. — Einzelnummer 10 Pf.; Samstag 15 Pf. — Anzeigengebühr: 14 Pf. für 1 mm Höhe und ein Siebenteil Breite. Briefe und Gelder frei. Bei Wiederholungen tarifmäßiger Rabatt, der als Kasierabatt gilt und verweigert werden kann, wenn nicht binnen vier Wochen nach Empfang der Rechnung Zahlung erfolgt. Amtliche Anzeigen sind direkt an die Geschäftsstelle der Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger, Karlsriedrich-Straße 14, zu senden und werden in Vereinbarung mit dem Ministerium des Innern berechnet. Bei Klageerhebung, zwangsweiser Vortreibung und Konturverfahren fällt der Rabatt fort. Erfüllungsort Karlsruhe. — Im Falle von höherer Gewalt, Streik, Sperrung, Maschinenbruch, Betriebsstörung im eigenen Betrieb oder in denen unserer Lieferanten, hat der Inhaber keine Ansprüche, falls die Zeitung verspätet, in beschränktem Umfang oder nicht erscheint. — Für telefonische Abbestellung von Anzeigen wird keine Gewähr übernommen. Unverlangte Drucksachen und Manuskripte werden nicht zurückgegeben und es wird keinerlei Verpflichtung zu irgendwelcher Vergütung übernommen. Abbestellung der Zeitung kann nur je bis 25. auf Monatsabschluss erfolgen. — Beilagen zur Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger: Zentralhandelsregister für Baden, Badischer Zentralanzeiger für Beamte, Wissenschaft und Bildung, Badische Kultur und Geschichte, Badische Wohlfahrtsblätter, Amtliche Berichte über die Verhandlungen des Badischen Landtags.

Die Konferenz der Innenminister

Eröffnungsrede Groeners

WTB. Berlin, 17. Nov. (Tel.) Unter dem Vorsitz des Reichsministers Dr. Groener begann heute vormittag um 11 Uhr die Konferenz der Innenminister. Die Innenminister der Länder waren sämtlich persönlich erschienen. Reichsminister Dr. Groener eröffnete die Beratungen mit einer einleitenden Ansprache, in der er u. a. folgendes ausführte:

Er wolle nach seinem Amtsantritt Fühlung nehmen und diejenige Zusammenarbeit sichern, die sowohl im Interesse des Reiches wie aller einzelnen Länder notwendig sei. Polizeihohheit und polizeiliche Exekutive liegen bei den Ländern, in der Öffentlichkeit werde aber meist der Reichsinnenminister verantwortlich gemacht. Vor einigen Tagen habe er im Reichsrat die Versicherung abgegeben, daß er nicht beabsichtige, in die Zuständigkeiten der Landesregierungen ohne Not einzugreifen. Die Verteilung der Exekutive auf die Länder gebe in weitgehendem Maße die Möglichkeit, den besonderen Verhältnissen in den einzelnen Ländern Rechnung zu tragen.

Soll die Trennung von Legislative und Exekutive unsere Aufgaben fördern, dann muß sie allerdings mit einer engen, vertrauensvollen Zusammenarbeit von Reich und Ländern verbunden sein. Die schweren Gefahren, von denen Reich und Länder gegenwärtig bedroht sind, erfordern die entschlossene Zusammenfassung des Willens von Reich und Ländern. Es gelte, den Staat gegen alle Erschütterungen zu sichern und gewalttätige Auseinandersetzungen zwischen politischen Gegnern rücksichtslos zu unterdrücken.

Es gehe auch um die Außenpolitik in einem Augenblick, wo die allergrößten Entscheidungen auf dem Spiele stehen. Wir müssen dem Reichskanzler den Rücken im Innern beden. Aber auch auf dem Gebiete der Wirtschaftspolitik sind Fortschritte zur Gesundung nur zu erzielen, wenn es uns gelingt, die Krisenstimmung der Bevölkerung zu überwinden und das schwindende Vertrauen zur Staatsführung wieder zu stärken. Freilich, durch polizeiliche Maßnahmen allein ist dies niemals zu erreichen, sie können nur den Weg offenhalten für die verfassungsmäßige Entwicklung der politischen Zustände. Sollten polizeiliche Maßnahmen gar als Schütanen empfunden werden, so vermehren sie die Unzufriedenheit und können zu einer ernstlichen Gefahr für die öffentliche Ruhe und Ordnung werden. Deshalb muß bei allen unseren Maßnahmen voransehen, daß Gerechtigkeit walte und ein gerader Kurs gehalten wird.

Kritik und politische Betätigung ist niemandem im Deutschen Reich verwehrt. Die ehrliebe und anständige Auseinandersetzung mit dem politischen Gegner soll nicht unterbunden werden. Wer immer zur Mitarbeit am Wiederaufbau bereit ist, soll ohne parteipolitische Vorurteile dazu willkommen sein. Die Staatsführung darf sich nicht von Erwägungen der Parteipolitik leiten lassen; es gibt nur ein Ziel der Staatspolitik: Die Erhaltung und den Wiederaufbau des Reiches. Wer sich allerdings diesem Ziele mit den Mitteln der Gewalt oder mit den Mitteln der Beschimpfung und Verleumdung der Staatsorgane entgegenstellt, gegen den soll von denjenigen Maßnahmen Gebrauch gemacht werden, die durch die Verordnungen des Herrn Reichspräsidenten zur Verfügung gestellt sind.

Die Sterblichkeit in Süddeutschland

Nach der neuen Denkschrift des Reichsinnenministers über die gesundheitlichen Verhältnisse in Deutschland ergeben sich in den deutschen Ländern und Landesteilen recht beachtliche Unterschiede der Sterblichkeit der verschiedenen Altersklassen. Am größten sind die Unterschiede bei der Kindersterblichkeit.

Diese liegt in Ober- und Niederbayern, in Mecklenburg-Strelitz und im rechtsrheinischen Bayern weit über, in Schleswig-Holstein, Sachsen, Württemberg, Hessen und Baden dagegen weit unter dem Reichsdurchschnitt. Weiter fallen besonders die hohen Sterbeziffern bei den über fünfzigjährigen im rechtsrheinischen Bayern sowie in Baden und Württemberg auf, während in diesen Landesanteilen die Sterbeziffern bei den 15 bis 50jährigen, großenteils weit unter dem Reichsdurchschnitt bleiben. Im Gegensatz dazu ist in den nördlicher gelegenen Gebietsanteilen, wenn sie auch in den jüngeren Altersklassen teilweise recht hohe Sterbeziffern aufweisen, eine geringe Alterssterblichkeit festzustellen; es gehören hierzu Mecklenburg-Strelitz, Ostpreußen, Pommern, die Provinz Sachsen und Mecklenburg-Schwerin. Günstige Sterbeziffern in fast allen Altersklassen weisen außer Schleswig-Holstein und dem Freistaat Sachsen auch Hannover, Thüringen, Oldenburg, Braunschweig, Anhalt, Lippe und Schaumburg-Lippe auf. In der Provinz Hessen-Nassau, im früheren Waldeck und in der Pfalz steigen die durchschnittlich ebenfalls niedrigen Sterbeziffern in den höheren Altersklassen, ähnlich wie in Hessen besonders beim weiblichen Geschlecht, stark an.

Die Ausschubarbeit im Reichstag

In dieser Woche beginnen im Reichstage die großen Ausschubarbeiten. Am Donnerstag tritt der Haushaltsausschuß des Reichstages zusammen, dessen Beratungen sich bis in den Dezember erstrecken werden. Auf der Tagesordnung stehen zunächst zahlreiche kleine Vorlagen, die aber ohne größere Debatte den Unteranschüssen überwiesen werden sollen. Die wirklichen Beratungen beginnen mit den Anträgen und Gesetzentwürfen zur Frage der Pensionskürzung. Als Berichterstatter ist der sozialdemokratische Abg. Hoffmann in Aussicht genommen. Die Beratungen über die Pensionsfrage werden mehrere Tage dauern. Gleichfalls am Donnerstag treten der Verlehrs- und der Wohnungsausschuß zusammen.

Letzte Nachrichten

Grandi in Washington

Verständigung zwischen Grandi und Borah
WTB. Washington, 17. Nov. (Tel.) Im Verlauf einer Unterredung, die 25 Minuten dauerte, sind der italienische Minister des Äußern und Senator Borah zu einer vollen Verständigung über die Fragen der internationalen Politik gelangt. Grandis Stellungnahme zugunsten einer Revision des Versailler Vertrags und einer Annullierung der Reparationen und Kriegsschulden bildete die gemeinsame Grundlage für den Gedankenaustausch.

Stalten für Zusammenarbeit

WTB. Washington, 17. Nov. (Tel.) Der italienische Außenminister, Grandi, der Montag abend in Washington eingetroffen ist, gab nach dem Besuch, den er Hoover abstatte, die Erklärung ab: Ich sehe meinen Besprechungen mit Hoover und Simson mit größtem Interesse entgegen. Hoovers Initiative im Juni war der Ausfall zu gesteigerter diplomatischer Tätigkeit und zu der Aufforderung an die Welt, daß man zu gemeinsamer Arbeit zusammenkommen müsse. Wir haben Lavals Washingtoner Besuch mit ehrliebe Anteilnahme verfolgt und betrachten seine heftigen Unterredungen als Ermutigung zu einer allgemeinen Zusammenarbeit. In Situationen wie den gegenwärtigen fühlt man, daß das Heil der einen das Heil aller Nationen ist und daß das Unglück eines Landes nie zum Glück des anderen ausschlagen kann. Alle Länderinteressen sind eng miteinander verbunden. Ich bin ein Glied in dieser Kette und komme hierher, um Italiens Mitarbeit zum allgemeinen Wohle anzubieten.

Clémentel zur Weltwirtschaftskrise

Für wirtschaftliche und politische Abrüstung
WTB. Paris, 17. Nov. (Tel.) Der ehemalige Vorsitzende der Internationalen Handelskammer und gegenwärtige Präsident des französischen Außenhandelskomitees, Senator Clémentel, äußerte zur Lösung der Weltwirtschaftskrise:

Die führenden Nationen der Weltwirtschaft, Deutschland, Amerika, Frankreich und England, sind es, die die Probleme der wirtschaftlichen Organisation, von der die Zukunft der Welt abhängt, zu lösen haben. Das nächstliegende Ziel muß die materielle und moralische, politische und wirtschaftliche Abrüstung aller Nationen sein. Dann wird man nach und nach alle Hindernisse beseitigen und im Anschluß daran sich für den Abschluß einer regionalen oder kontinentalen Zollunion entschließen müssen. Sodann wird das Kreditproblem einer Lösung zugeführt werden müssen. Hier wird man durch eine internationale Formel zur Schaffung einer soliden Institution gelangen, die die guten von den schlechten Krediten zu unterscheiden vermag, um den Wirtschaftsverkehr zwischen den Nationen größerer Garantien und Erleichterungen zu verschaffen. Besten Endes wird es nur durch ein internationales Gleichgewicht möglich sein, wieder Vertrauen zu schaffen.

Streit im Duisburg-Muhrorter Hafengebiet

WTB. Duisburg-Gamborn, 17. Nov. (Tel.) Der gestern abend ausgegebenen offiziellen Streikparole des Deutschen Verkehrsverbundes sind heute für die Arbeiter sämtlicher in den Duisburg-Muhrorter Hafenanlagen befindlichen Firmen gefolgt. Der gesamte Umschlags- und Güterverkehr ruht. Vom Ausstand nicht berührt sind die staatlichen Kippanlagen sowie die Kohlenverladeanlagen des Kohlenkontors. Im Streit befinden sich etwa 800 Mann. Die Arbeitgeber haben den vom Schlichter gefällten Schiedsspruch, der eine Lohnsenkung von 5% Prozent vorsieht, angenommen und seine Verbindlichkeits-erklärung beantragt.

Rein Abbruch der Konferenz am Runden Tisch

WTB. London, 17. Nov. (Tel.) Die gestrigen Erörterungen im Ausschluß für bundesstaatliche Struktur der indischen Konferenz am Runden Tisch haben entgegen manchen Voraussetzungen nicht zu einem Abbruch geführt. Vielmehr ist jetzt damit zu rechnen, daß die Erörterungen noch bis in die nächste Woche fortbauern werden. Die Aussichten auf Erfolg der Konferenz werden allgemein als günstiger betrachtet.

Die chinesisch-japanischen Kämpfe

Nähe des Generals Matschangchen
WTB. New-York, 17. Nov. (Tel.) Nach einer Reuters-Meldung aus Tokio hat der chinesische General Matschangchen begonnen, seine Truppen vom Nonni-Fluß zurückzuziehen, nachdem er alle Bedingungen Monjos angenommen hat.

Es sind mehrere Flugesabteilungen nach Rußland wegen des Ernstes der Lage in der Mandschurei abgegangen.

Reichspräsident von Hindenburg empfing am Montag eine Offiziersabordnung des Königl. Ungar. Honved-Inf.-Regts. Nr. 3, die ihm im Auftrage des Reichsberaters v. Horstich eine Urkunde über seine Ernennung zum Inhaber dieses Regiments überbrachte.

Trauerfeier für Friedrich Bartels. In der Wandelhalle des Preussischen Landtages fand am Montag die Trauerfeier für den entschlafenen Präsidenten des Preussischen Landtages, Friedrich Bartels, statt. Vizepräsident Baumhoff sprach für das Präsidium des Landtages, Ministerpräsident Braun namens der preussischen Staatsregierung. Dann folgte die Einschierung.

* Wahlen und ihre Lehren

Im demokratisch-parlamentarischen Staat gelangt in jeder Wahl von einiger Bedeutung die Entwicklung des Machtverhältnisses unter den Parteien zum Ausdruck. Jede neue Wahl ist eine neue Probe im Zuge dieser Entwicklung. Und so mußte man auch die heftigen Landtagswahlen vom letzten Sonntag betrachten. Das heißt unter dem Gesichtswinkel der Frage, ob diese Wahlen die Tendenz der Entwicklung der letzten 12 oder 13 Jahre bestätigen oder nicht. Die Antwort ist klar: sie haben sie bestätigt.

Und welches ist diese Tendenz? Sie ist für denjenigen, der Zahlen zu lesen versteht, eine Verlagerung der Macht, soweit sie sich in den Stimmen der Wähler offenbart, nach rechts.

Bei den Wahlen zur Nationalversammlung im Jahre 1919 vereinigte der Gesamtsozialismus gut 46 Proz. aller abgegebenen Stimmen auf seine Listen, und noch im Jahre 1920 waren es gut 42 Proz. Seitdem hat dieser Anteil — mit einer Ausnahme im Jahre 1928 — ständig abgenommen, und bei der letzten Reichstagswahl am 14. September 1930 mit 37,5 Proz. seinen Tiefstand erreicht. In Hessen betrug dieser prozentuale Anteil bei der letzten Reichstagswahl 40,2 Proz., lag also nicht unweitlich über dem Reichsdurchschnitt; vorgefem ist er auf 38,3 Proz. zurückgegangen und nähert sich damit dem Reichsdurchschnitt vom vorigen Jahre. Jedenfalls gilt auch für Hessen die gleiche Beobachtung, die man schon bei allen kleineren Wahlen der letzten Zeit zu machen hatte, daß der Gesamtsozialismus an Boden verliert, wenn dieses Terrain selbst auch nicht sonderlich groß ist.

Zur Linken gehört auf der bürgerlichen Seite die Demokratische Partei, die heutige Staatspartei. Ihr prozentueller Anteil an den abgegebenen Stimmen ist bei den Reichstagswahlen von 8,6 Proz. im Jahre 1920 auf 3,8 Proz. im Jahre 1930 zurückgegangen. In Hessen betrug im Jahre 1930 dieser prozentuale Anteil 5,2, vorgefem nur noch 1,4. Bezeichnet man die sozialistischen Parteien und die Demokraten als „die Linke“ im weiteren Sinne dieses Wortes, so hat sich ihr machtpolitischer Einfluß, prozentuell ausgedrückt, von rund 51 Proz. aller abgegebenen Stimmen im Jahre 1920 auf 41,3 Proz. im Jahre 1930 verringert. Die Resultate der Wahlen der letzten Zeit lassen aber kaum einen Zweifel darüber aufkommen, daß dieser prozentuale Anteil noch geringer würde, wenn morgen Reichstagswahlen wären.

Der Verlust auf der Linken ist reiflos der Rechten zugute gekommen. Denn der ganze Prozeß hat sich in der Weise vollzogen, daß mit Ausnahme des Zentrums alle Mittelparteien so gut wie aufgerieben bzw. ganz nach rechts gedrängt wurden. Diese neue Rechte erhielt am 14. September 1930 rund 38,5 Proz. aller abgegebenen Stimmen. Der Prozeß der Verlagerung nach rechts vollzog sich ferner im Stil einer so starken Radikalisierung, daß heute die extremste Partei auf der Rechten, der Nationalsozialismus, die absolute Herrscherstellung einnimmt.

Als Mittelpartei ist eigentlich nur noch das Zentrum und die Bayerische Volkspartei übrig geblieben. Der prozentuale Anteil beider Parteien hat sich seit 1920 folgendermaßen entwickelt: er betrug 1920: 19 Proz., am 7. Dezember 1924: 17,4 Proz., im Jahre 1928: 15,5 Proz. und am 14. September 1930: 14,8 Proz. Auch hier ist also eine gewisse Verringerung des prozentualen Anteils festzustellen. Im ganzen hat das Zentrum aber seine Position behauptet und sich als das stärkste Bollwerk einer prinzipiell auf Ausgleich hinarbeitenden Politik der Mitte erwiesen, eine Tatsache, die in den Zeiten des Radikalismus ganz besonderes Gewicht erhält. (Der prozentuale Anteil des Zentrums selbst [ohne die Bayerische Volkspartei] war folgender: 1920: 14 Proz., 1924: 13,7 Proz., 1928: 12 Proz. und 1930: 11,8 Proz.)

Aus der ganzen Berechnung geht klar hervor, daß das Zentrum als Mittelpartei die Schlüsselstellung besitzt. Es kann, je nachdem, der Linken oder der Rechten zur Herrschaft verhelfen. Und das gilt für Hessen genau so, wie für das Reich und für Preußen. Es müßte denn gerade sein, daß im Reich und in Preußen die Parteien der Rechten für sich die Mehrheit erringen. Damit ist aber wohl kaum zu rechnen.

In der Presse wird die Frage der Regierungsbildung in Hessen naturgemäß mit großem Interesse erörtert,

Badischer Teil

Das Glück der Arbeit

Man muß heutzutage vom Glück der Arbeit sprechen, wenn man an die vielen Tausende von Erwerbslosen denkt, an die vielen Menschen, die in ihren besten Jahren vom Arbeitsprozeß ausgeschlossen wurden und von denen man heute noch nicht weiß, wann und wie sie wieder regelmäßig beschäftigt werden können. Wenigstens wieder einmal solchen Menschen, wenn auch nur für kurze Zeit das Glück der Arbeit zu schenken, bietet die Durchführung der Winterhilfe Gelegenheit. Da sind schon in allen Städten, in größeren Landgemeinden die Rotgemeinschaften eifrig am Werk, und bei vielen Mitarbeitern dieses Hilfswerkes besteht die Gefahr, daß sie, die bereits zu 100 Prozent Beschäftigten, noch weitere Aufgaben hinzubekommen, und mancherorts ist sogar zu befürchten, daß die ohnedies überlasteten und teilweise mit Arbeit reich gesegneten Hausfrauen über Gebühr von der Winterhilfe in Anspruch genommen werden.

In dieser Erkenntnis und im Wissen um das Glück der Arbeit, hat nun der Präsident des Süddeutschen Arbeitsamtes in Stuttgart, Dr. Kälin, den Gedanken ausgegeben, man wolle doch so weit als möglich bei der Winterhilfe die Erwerbslosen mitbeschäftigen. Ihnen soll man — wie er sagt — das Glück der Arbeit teilen lassen. Der Gedanke ist so wertvoll, daß er mit Nachdruck überall propagiert werden kann. Nicht jene, die bereits schon überlastet sind, sollen neue Arbeitsverpflichtungen bekommen, sondern diejenigen, die keine Arbeit, die nichts zu tun haben. Diese sollen in erster Linie mithelfen am eigenen Hilfswerk für sich und ihre Familien, für ihre Leidensgenossen. Gewiß, alle kann man damit nicht beschäftigen, und es kann sich nur um eine beschränkte Zahl handeln, um wirklich für solche Dinge geeignete Menschen.

Rotgemeinschaften, gönnt den Erwerbslosen das Glück der Arbeit und bereift nicht, daß es mancherlei Gelegenheiten gibt, wo deren Hilfe wertvoll ist.

Die Notlage der badischen Landwirtschaft und Forstwirtschaft

Eine Eingabe an die Regierung

In diesen Tagen haben sich die badischen Landwirtschaftlichen Organisationen, nämlich die Badische Landwirtschaftskammer, der Badische Bauernverein, der Badische Grundbesitzerverband, der Badische Landbund, der Badische Waldbesitzerverband und der Verband badischer Gutspächter an die Badische Regierung in einer gemeinsamen Eingabe gewandt, in der sie erneut auf die Notlage der badischen Landwirtschaft und Forstwirtschaft hingewiesen haben.

Sie haben auf die große Schwierigkeit, die durch die Witterung des Jahres in zahlreichen Gemeinden entstanden ist, ebenso wie auf den katastrophalen Zusammenbruch vor allem auf dem Getreidemarkt hingewiesen, der es zahllosen Landwirten unmöglich macht, ihren Verpflichtungen nachzukommen. Gerade in letzterer Hinsicht ist ein erneut aufgegriffener Vorschlag bemerkenswert, auch in Baden die Abgeltung öffentlicher Lasten, und zwar sowohl Steuern, als auch Fürsorge- und Wobstfabriklasten durch Naturalien zu ermöglichen. Die täglich einlaufenden Anfragen, Gesuche, Beschwerden und Klagen bei diesen Organisationen zeigen in erschreckendem Maße das Fortschreiten der Krise, die nunmehr auch die bäuerlichen Kreise in Deutschland in schärfer Weise erfasst hat. Während man mit großen Reichsmitteln Erwerbslosenforderungen aufsieht, bricht die noch vor kurzem in ihrem Kern gesunde Bauernschaft zusammen.

Die Badische Landwirtschaftskammer hat deshalb den alsbaldigen Zusammenritt der süddeutschen Landwirtschaftskammern, in denen die meisten Bauernbetriebe ihre Vertretung finden, verlangt, um gemeinsam beim Reich Vorschläge für die Stützung dieser Bauernbetriebe zu machen. Die süddeutschen Regierungen sollen gebeten werden, an diesen Verhandlungen teilzunehmen.

Verlegung der Linienführung der Rendthalbahn

Die Erdarbeiten bei der Helbenbrücke bereiten dem Bahnbau des Schlußpunktes der Rendthalbahn von Bad Peterstal nach Griesbach erhebliche Schwierigkeiten. Die Erdmassen des unteren Rutes sind seit einiger Zeit weggeschafft. Die Hauptgefahr bildet aber das darüber liegende mächtige und steile Gebirgsmaße, das Mitte Juli gleichfalls angebrochen wurde und noch nicht zur Ruhe gekommen ist. Viele Beratungen und Prüfungen durch Beamte und Sachverständige haben in der Zwischenzeit stattgefunden, deren Ergebnis zu dem Vorschlag führte, die Linienführung der Bahn zu verlegen, um dadurch weitere Ausgrabungen und Sprengungen am Fuße des Berges zu verhüten und den gemaltigen Erdmassen den Hauptwiderstand zum Abitur nicht zu rauben. In Ausführung dieses Beschlusses müssen zwei Wohngebäude beseitigt, also abgebrochen, sowie Straße und Ranch an einer Stelle verlegt werden. Die neue Linienführung erfordert ganz erhebliche Kosten. Der Präsident der Reichsbahndirektion Karlsruhe, Freiherr von Elk, weilte letzter Tage mit einer Reihe von Sachverständigen zur Besichtigung des Gefahrgeländes im Rendthal.

Eine Nichtigstellung

Von der Deutschen Volkspartei wird mitgeteilt: „Eine Karlsruhe-Zeitung brachte am 13. November „von geschätzter Seite“ unter der Überschrift: „Allerhand Kombinationen“ einen Bericht über bevorstehende personelle Veränderungen in der badischen Verwaltung. „Die geschätzte Seite“ erweist sich als höchst unorientiert und muß sich deshalb auf das Fabulieren besiegen, was diese Zeitung durch ihre Überschrift: „Allerhand Kombinationen“ selbst bestätigt. Deshalb erübrigt es sich auch, zu den angeblichen Einwendungen des Herrn Finanzministers Dr. Matas Stellung zu nehmen, da zu allen diesen Fragen von Seiten des Finanzministers im Staatsministerium noch keine Stellung genommen worden ist.“

Kirchliche Beerdigungen von Nationalsozialisten

Die „Freiburger Tagespost“ teilt mit: „Die nationalsozialistische Presse Badens berichtet neuerdings über Beerdigungen von Angehörigen ihrer Partei durch katholische Geistliche im Unter- und Oberland, wobei jeweils durch Mitführen von Fahnen, Parteiabzeichen und militärischen Aufmarsch die Zugehörigkeit des Verstorbenen zu ihrer Partei auch schon beim kirchlichen Akte aufs stärkste unterstrichen worden sei. Bei diesen Mitteilungen wird mit besonderem Nachdruck dem Herrn Erzbischof von Freiburg der Dank ausgesprochen, weil er erfreulicherweise diese Beerdigungen erlaubt habe.“

Es sei deshalb hier ausdrücklich festgestellt, daß weder der Herr Erzbischof, noch die Kirchenbehörde von diesen Beerdigungen irgendwelche Kenntnis hatten und von der Sache erst aus der Presse etwas erfuhren.“

Aus der Landeshauptstadt

Keine akademischen Feierlichkeiten. Die Studentenschaft an der Technischen Hochschule zu Karlsruhe hat beschlossen, in diesem Winter von allen äußeren Feierlichkeiten der akademischen Sitte Abstand zu nehmen. Sie wird den durch den Ausfall des Fadelzuges anlässlich des Rektoratswechsels freierwerdenden Betrag dem Prorektor Prof. Dr. Klant für wohltätige Zwecke zur Verfügung stellen.

Die Altkleider- u. w. Sammlung der Rotgemeinschaft nimmt am Mittwoch, den 18. November, in der Mittelstadt ihren Anfang. Die Sammelkolonne 1 wird vorerst in den zwischen Karl-Friedrich, Kaiser-, Seminar-, Molke- und Hans-Thoma-Straße sowie Schloß gelegenen Straßen und Häusern sammeln, während die Sammelkolonne 2 ihre Tätigkeit in den Straßen zwischen Karl-Friedrich-Straße, Kaiserstraße, Durlacher Tor, Engeserstraße und Schloß aufnimmt.

Erfolg der Caritas-Lebensmittelsammlung. Angeregt durch ein Erzbischofliches Hirtenschreiben, hat der Caritasverband in der ganzen Erzdiözese in katholischen Landorten eine Lebensmittelsammlung organisiert, die vor allem die Winterhilfe der großen Städte unterstützen soll. Aus dem Sammelbezirk, die dem Caritasverband Karlsruhe überwiesen wurden, ist das Sammelergebnis in den letzten Wochen emgetroffen, teils mit der Bahn, die die Beförderung unentgeltlich leistete, teils mit Kautaus, die in dankenswerter Weise von verschiedenen Karlsruher Firmen und der Polizei zur Verfügung gestellt wurden. Im ganzen sind bis jetzt 2700 Zentner eingetroffen, in der Hauptsache Kartoffeln und Obst. 58 Ortschaften haben sich an dieser Spende beteiligt. Den Hauptanteil lieferten 22 Orte des badischen Mittellandes und 20 Ortschaften aus dem Seckreis. Der Rest kam aus den Bezirken Bruchsal, Bretten, Rastatt und aus einigen Ortschaften aus dem Neckar- und Kinzigtal. Die eingegangenen Lebensmittel sind durch den Caritasverband an die hiesigen Pinguinvereine zur Weitergabe an die Armen verteilt worden. Außerdem wurden diejenigen Schweinehälften damit bedacht, die sich besonders stark an der Speisung von Hilfsbedürftigen an ihren Pforten beteiligten.

Bettlerwesen. Im Laufe des gestrigen Tages wurden mehrere Bettler von der Polizei festgenommen. In einem Falle hatte ein auf der Wanderschaft befindlicher Bettler ein dreijähriges Kind bei sich auf dem Arm, das er, wie die Feststellungen ergaben, ohne Wissen der Eltern von der Straße weggenommen hatte, um es zur Erhöhung des Mitleids auf seinen Bettelgängen mit sich zu führen.

Wetterbericht der Badischen Landeswetterwarte Karlsruhe vom Dienstagmorgen: Die Luftdruckverteilung hat sich seit gestern über Europa nicht nennenswert geändert. Ein Hochdruckkern erstreckt sich noch von Skandinavien über England bis nach Spanien. Die Zufuhr von Kaltluft durch nordöstliche Winde wird infolgedessen anhalten. — **Vorausgabe für Mittwoch:** Fortdauer des bestehenden Witterungscharakters.

Kurze Nachrichten aus Baden

Hd. Freiburg i. Br., 16. Nov. Am letzten Samstag durchführten 25 Kraftwagen einen Teil der Stadt, um für die Winterhilfe zu sammeln. Innerhalb kurzer Zeit waren die Wagen mit Gegenständen aller Art überfüllt. Die Sammlung wurde von über 600 freiwilligen Helfern aus den hiesigen Sportverbänden durchgeführt. Ihr Ergebnis ist als ein durchaus gutes zu bezeichnen.

D3. Offenburg, 16. Nov. Im ersten Fall der heute beginnenden Schwurgerichtsperiode hatte sich der 29 Jahre alte Friedrich Stöck, Maler in Emmingen (Amt Engen), wegen erschwerter Totschlags zu verantworten. Stöck hatte vor 11 Jahren (2.3.1920) den Nachtmächter Jung einer Offenburg-Automobilfirma durch zwei Schüsse schwer verwundet, so daß dieser einige Stunden darauf verstarb. Er war von dem Mörder bei einem Diebstahl auf dem Offenburg-Güterbahnhof ertrapt worden. Stöck erhielt die gesetzliche Mindeststrafe von 10 Jahren Zuchthaus. Das Verbrechen kam dadurch ans Tageslicht, daß in Paris ein Deutscher namens Fischer, der stedbriefflich wegen der Tötung des Jung gesucht wurde und Mitwisser der Tat war, verhaftet wurde.

D3. Schönmach, 16. Nov. Unsere Gegend wurde schon wieder von einem schweren Brandunglück heimgesucht. Im Rohrhardsberger Neßel wurde der Elshof in der Frühe des Sonntags ein Opfer der Flammen. Das Haus wurde von den Familien Schühle und Kautinger bewohnt. Außerdem bestand sich darin noch ein kleiner Kolonialwarenladen. Die Brandursache ist noch nicht geklärt.

Handel und Wirtschaft

Devisennotierungen der Reichsbank

(Amtlich)

	17. November		16. November	
	Gld	Deut	Gld	Deut
Amsterdam 100 G.	169.23	169.57	169.33	169.87
Kopenhagen 100 Kr.	88.91	88.89	89.81	89.99
Italien . . . 100 L.	21.69	21.73	21.72	21.76
London . . . 1 Pf.	15.94	15.98	15.88	15.92
New-York . . 1 D.	4.209	4.217	4.209	4.217
Paris . . . 100 Fr.	16.52	16.56	16.53	16.57
Schwiz . . . 100 Fr.	82.07	82.23	82.12	82.28
Wien 100 Schilling	58.94	59.06	58.94	59.06
Brag . . . 100 Kr.	12.468	12.488	12.468	12.488

Nach dem Ausweis der Reichsbank vom 14. November 1931 hat sich in der verflochtenen Bankwoche der Umlauf an Reichsbanknoten um 88,1 Mill. Reichsmark auf 4453,9 Mill. Reichsmark, derjenige an Rentenbanknoten um 0,8 Mill. Reichsmark auf 413,5 Mill. Reichsmark verringert. Die Bestände an Gold und bedungsfähigen Devisen haben sich um 72,2 Mill. auf 1189,8 Mill. Reichsmark vermindert. In einzelnen haben die Goldbestände um 63,3 Mill. Reichsmark auf 1038,0 Mill. Reichsmark und die Bestände an bedungsfähigen Devisen um 8,9 Mill. Reichsmark auf 151,8 Mill. Reichsmark abgenommen. Die Deckung der Noten durch Gold und bedungsfähige Devisen beträgt 26,7 Proz. gegen 27,8 Proz. in der Vorwoche.

Die Privatbilanzkonten erfuhr am Montag in Berlin, trotz stärkeren Angebotes, keine Veränderung. Der Satz blieb unverändert 8 Prozent. Tagesgeld mußte sich dagegen eine Erhöhung des Satzes um $\frac{1}{4}$ — $\frac{1}{2}$ Prozent gefallen lassen.

Die Neuregelung des Kraftfahrwesens. Über die Neuregelung des Kraftfahrwesens wurde unter dem Vorsitz des Reichsverkehrsministers Treubmann zwischen der Deutschen Reichsbahn-Gesellschaft und den Vertretern des Expeditions- und Fuhrerwerkes verhandelt. — Es wurde grundsätzliche Einvernehmen über die Beschaffung von Kraftfahrzeugen an Abrechnungsgemeinschaften in Orten mit hohen Kraftfahrzeugkosten erzielt. (Die Expediteure und Fuhrhalter werden sich bei größeren Güterabfertigungen zu Abrechnungsgemeinschaften zusammenschließen.) Nachdem auch über die Kraftfahrbetätigung der Expediteure und Fuhrhalter Einverständnis erzielt worden war, wurde nach Paraphierung der Richtlinien für Auftragspediteure die Ausarbeitung der technischen Einzelheiten den Vertragspartnern überlassen.

Rückgang des Bierverbrauchs. Das Aufkommen an Reichsbiersteuer in der ersten Hälfte des laufenden Rechnungsjahres 1931/32 zeigt, in welchem Ausmaß der Bierabsatz im gesamten Reichsgebiet zurückgegangen ist. Der Rückgang ist, wie der Deutsche Brauerverband mitteilt, so stark, daß den Reichs- und Gemeindefinanzen aus den Biersteuererhöhungen überhaupt kein Nutzen erwachsen ist. Das Aufkommen aus der Reichsbiersteuer in den Monaten April bis September 1931 ist vielmehr über 10 Prozent niedriger als in der gleichen Zeit des Vorjahres. In den Monaten Oktober und November sind die Rückgänge noch erheblich größer geworden, so daß zahlreiche Brauereien vor die Frage einer Betriebsstilllegung gestellt sind. Namentlich gilt das von allen Gebieten, in denen das übersteuerte Bier dem Wettbewerb des Weines und Apfelweines ausgesetzt ist. Wenn die Bevölkerung ein Glas Wein zu dem Preis erhalten kann, der für die gleiche Menge Bier fast allein an Reichs- und Gemeindebiersteuern zu erlegen ist, wird das Bier einfach boykottiert.

Vergleich der Osma AG, Heidelberg-Dossenheim. Über das Vermögen der Osma AG, Heidelberg-Dossenheim, ist am Samstag das gerichtliche Vergleichsverfahren eröffnet worden. Das Aktienkapital von 200 000 RM. ist vollständig verloren. Nach dem Status per 19. Okt. 1931 betragen von 420 672 RM. Aktiven die freien Werte 202 041 RM., darunter 85 251 Aufgebände und 165 787 RM. Vorräte. An bevorrechtigten Forderungen sind 51 505 RM. vorhanden, die ungesicherten Gläubiger haben 370 262 RM. zu fordern. Gläubiger bis 50 RM. werden voll befriedigt, die übrigen erhalten 40 Prozent. Über die Neufinanzierung der Gesellschaft seien aussichtsreiche Verhandlungen im Gange.

Die Gebrüder Junghaus AG, Uhrenfabriken in Schramberg, schließt nach Abzug des Gewinnvortrages von 456,02 RM. mit einem Verlust von 2 256 468,05 RM. Zur Deckung dieses Verlustes steht der gesetzliche Reservefonds von 3 070 808,70 Reichsmark zur Verfügung. Zur Bilanzvereinbarung wird eine Kapitalherabsetzung in erleichteter Form nach der Notverordnung vom 6. Oktober durch Herabsetzung des Grundkapitals auf 15 Mill. RM. und dann durch Herabsetzung im Verhältnis 5 : 4, also auf 12 Mill. RM. vorgeschlagen. Damit soll nach Deckung des Verlustes 1930/31 das Grundkapital bei vorzüglicher Vermögensbewertung den durch die allgemeine wirtschaftliche Krise bedingten Umsatz- und Ertragsmöglichkeiten angepaßt werden.

Fusion englischer Eisenwerke. Nach der „News of World“ sollen Verhandlungen über eine Fusion von vier großen Eisenwerken mit einer Produktion von 4 Millionen Tonnen Stahl im Jahre im Gange sein.

Literarische Neuerscheinungen

Handbuch der geographischen Wissenschaft. Herausgegeben von Univ.-Prof. Dr. Fritz K. L. Gieseler, unter Mitwirkung von Prof. Dr. Behrmann, Frankfurt; Prof. Dr. B. Dietrich, Wien; Prof. Dr. E. v. Dreygall, München; Prof. Dr. Geisler, Breslau; Prof. Dr. Kühn, Kiel; Prof. Dr. Maull, Graz; Prof. Dr. Oberhummer, Wien; Prof. Dr. A. Schult, Königsberg; Prof. Dr. C. Troll, Berlin; Prof. G. Wachner, Kronstadt, und anderen Gelehrten. Etwa 4000 größere Textbilder und Karten, gegen 300 Farbbilder, viele Kartenbeilagen. In Lieferungen zu je 240 RM. Akademische Verlagsgesellschaft Athenaion m. b. H., Wildpark, Potsdam. Bg. 21—25. Fünfundzwanzig Lieferungen einer so bedeutenden Publikation, wie sie das Klutische Handbuch der geographischen Wissenschaft darstellt, lassen mit Recht schon einen Rückblick und Ausblick zu. In ziemlich schneller Folge sind die blauen Hefte erschienen, die bereits heute ihren großen, sich ständig erweiternden Leserkreis nicht nur in deutschen Landen, sondern ebenso im Ausland haben. Die Spannung, die durch das Erscheinen dieser neuartigen, durch Wort und Bild intensiv wirkenden, anregenden und belehrenden Bucherscheinung ausgelöst wurde, hat sich längst in ein tiefgehendes und anhaltendes Interesse verwandelt. War es das Thema: Die Erde in Natur, Kultur und Wirtschaft, das so zeitgemäß und notwendig erschien, oder war es die hier angestrebte und — wie heute bereits feststeht — auch erreichte Art lebendiger, erdnaher Darstellungsform durch Wort und Bild, war es schließlich die vornehme, gediegene Ausstattung — genug, das Werk hat sich bereits überall durchgesetzt, wo man geographisches Wissen als dringend notwendig für das eigene Leben und für die Weltgeltung unseres Landes erkannte. Fast auf allen Gebieten der Wissenschaft wird mit Hochdruck gearbeitet, aber es ist einleuchtend, daß die Erdkunde dabei eine Sonderstellung einnimmt. Denn sie wendet sich, unbeschadet der notwendigen Fachkenntnis, an den vielleicht größten Kreis der vorwärts strebenden Jugend. Ihr unerschöpflicher Stoff, unsere Erde in erdrückender Vielfältigkeit und Gegenfälligkeit, wird von ihr nach allen Möglichkeiten des Bodens, der Landschaft, der Menschen und Tiere, der Wirtschaft und der damit verbundenen Politik gedeutet und dargestellt. In dieser Darstellung sich für unsere Zeit die Führung erlangen zu haben, ist das unbefreitbare Verdienst dieses Handbuchs. Das beweisen wieder einmal die neuen Lieferungen, die über Südamerika, Ozeanien und die Antarktis handeln.

Richard Kay: Schnaps, Kokain und Lamas. Kreuz und quer durch wirres Südamerika. (Verlag Ullstein, Berlin. Preis 4,50 Reichsmark brosch., Ggl. 6,50 M.) — Wieder ist es die nur Richard Kay eigne Art des Erzählens, die seinem neuen Buch „Schnaps, Kokain und Lamas“ (Verlag Ullstein) den Reiz gibt und dem Leser die Atmosphäre der durchstreiften, durchwanderten und durchlebten Länder in dunter Farbigkeit vor die Augen zaubert. Ob ein „Schiff durch die Wiese“ fährt oder ob Kay am „Steilste Bizarros“ steht, ob ihn die „abscheulichste Bergtraurheit der Welt“ befallt, oder ob er zu den „Quellflüssen des Amazonas“ hinabsteigt, ob er die „Ozajenda im Urwald“ oder „Km 585“ beflucht, ob er von „Kokain und Schnaps“ oder von „Trabajito“ berichtet, vom „seigen Stier“ oder vom „toten kleinen Madchenkopf“, von den „Salpeterhüfen“ oder dem „verhafteten Großpapa“, den „deutschen Kolonisten“ oder den „Urwaldindianern“, von den „Frauen in Rio“ oder von „Zucht und Unzucht im Urwald“, immer ist mit dem geschilderten Ereignis, der Anekdote, dem Stimmungsbild ein tiefbedrückendes Problem verknüpft, ein Problem der Politik, der Wirtschaft, der Natur, der Liebe, des Lebens.

E. Büchle Spezialhaus für Bilder u. Einrahmungen

Inh. W. Bertsch. Ludwigsplatz Ecke Erbprinzenstr. Bitte besichtigen Sie meine 5 Schaufenster. Gute Ausführung bei billiger Berechnung. Große Auswahl.

Badischer Zentralanzeiger für Beamte

Anzeigeblatt für die sozialen und wirtschaftlichen Bedürfnisse der Beamten / Beilage zur Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger
Organ verschiedener Beamtenvereinigungen

Nr. 45

Bezug: erscheint wöchentlich einmal und kann einzeln für 10 Reichspfennig für jede Ausgabe, monatlich für 60 Reichspfennig zuzüglich Porto
von Verlage Karlsruhe, Karl-Brüder-Str. 14, bezogen werden

17. November 1931

Arbeitsgemeinschaft der oberen Beamten des Reichs und der Länder

In Magdeburg ist am 5. September d. J. eine Arbeitsgemeinschaft der oberen Beamten des Reichs und der Länder im Bezirk Magdeburg gegründet worden, an der Beamte fast sämtlicher Verwaltungen beteiligt sind.

Von dieser Gründung Notiz zu nehmen ist deshalb Anlass, weil — wie aus der ersten Versammlung dieser Arbeitsgemeinschaft zu ersehen — ihr die Absicht zugrundeliegt, entgegen der bisherigen vertikalen Zusammenfassung der Beamten im Deutschen Beamten nun eine horizontal gegliederte Spitzenorganisation der oberen Beamten in Deutschland zu schaffen.

Das Referat des Bezirksreferenten Schlegel (Berlin), Vorsitzender des Reichsbundes der Amtmänner, ging schon in seiner Fassung des Themas direkt auf das Ziel der Arbeitsgemeinschaft zu: Heraus aus dem Deutschen Beamtenbund. Die Notwendigkeit eines engen Zusammenschlusses der oberen Beamten des Reichs und der Länder, da es unerlässlich sei, den großen Gruppen der laufbahnmäßig zusammengehörenden Beamten die selbständige Vertretung derjenigen Angelegenheiten zu überlassen, die mit der Einheitlichkeit ihrer allgemeinen Zweckbestimmung für die Lösung der Staatsaufgaben — Fragen der Vorbildung, der Ausbildung, der Amtsbezeichnung und Beförderung — zusammenhängen, habe sich die höhere Beamtenenschaft schon sehr bald vom Deutschen Beamtenbund wieder getrennt und auch in den Kreisen der oberen Beamtenchaft habe aus gleichen Erwägungen seit 1923 das Bestreben nach Gründung eines Reichsverbands geherrscht. Später erfolgte Organisationsgründungen horizontalen Aufbaues hätten sich in das Vertikalssystem in einer Weise eingefügt, daß hierdurch ihrer Zusammenfassung in einer selbständigen horizontalen Großorganisation erhebliche Schwierigkeiten erwachsen seien. Man beschränkte sich deshalb s. B. auf die Gründung einer Arbeitsgemeinschaft der oberen Beamten im Deutschen Beamtenbund, des Reichsbundes der Amtmänner. Gener Versuch müsse heute — nach Meinung des Referenten — als gescheitert betrachtet werden, und er glaubt, eine Umbildung unter der gesamten oberen Beamtenchaft des Reichs und der Länder würde eine erdrückende Mehrheit für die von der Magdeburger Versammlung ausgegebene Parole: „Heraus aus dem Deutschen Beamtenbund“ ergeben.

Ausschlaggebend für das Problem einer horizontalen Spitzenorganisation der oberen Beamten sei die Tatsache, daß infolge der Reformen der Nachkriegszeit eine weitgehende Veränderung des früheren mittleren Beamtenstandes vor sich gegangen und seine Entwicklung zum oberen Beamtenstand der Neuzeit erfolgt ist. Voraussetzung für die Möglichkeit, der oberen Beamtenchaft größeren Einfluß auf die Gestaltung der oben erwähnten Fragen zu verschaffen, sei die völlige Selbständigkeit in der Vertretung ihrer gesamten Berufsbelange. Im DBB. erscheine dies nach der Entwicklung der letzten zehn Jahre nicht möglich. Dort hätten große Mitgliedergruppen, wie die Gemeindebeamten und die Lehrer (diese eigentlich eine horizontale im wahren Sinne) im Laufe der Zeit ihre Nachstellung ausnahmslos zum Nachteil der oberen Beamten ausgemittelt.

Im weiteren ging der Referent sodann auf die einzelnen Punkte ein, die nach seiner Auffassung eine Loslösung vom Deutschen Beamtenbund den oberen Beamten nahelegen, auf deren Wiedergabe hier zunächst verzichtet sei, da die Angelegenheit noch im Stadium der Entwicklung sich befindet und der Eindruck vermieden werden muß, als würde hier zu dieser Bestand der Beamtenorganisation im Reich und in Baden unter Umständen empfindlich treffenden Aktion propagierend einseitig Stellung genommen.

Die Aussprache über das Referat fand ihren Abschluß in einer Entschließung, die den engsten Zusammenschluß der gesamten oberen Beamtenchaft zur wirksamen Vertretung ihrer Berufsbelange fordert und von ihren Führern erwartet, daß sie eine geschlossene, einheitliche und selbständige horizontale Organisation der oberen Beamten schaffen oder die bereits bestehende horizontale Organisation, den Reichsbund der Amtmänner, hierzu ausbauen.

Zum Vollzug der badischen Haushaltsnotverordnung

Wirksamkeit der Sperre für die Auftrüchungs- oder Beförderungsbüchse

In Artikel 49 a. a. O. ist bekanntlich bestimmt, daß seit dem Inkrafttreten der Haushaltsnotverordnung bei Auftrüchungen oder Beförderungen die nach der höheren Befoldungsgruppe maßgebenden Dienstbezüge erst vom Beginn des 13. Monats an zahlbar sind, der auf den Tag folgt, auf den die Auftrüchung der Beförderung wirksam wird. Da unter Beginn eines Monats eigentlich immer der erste des Monats verstanden wird, wurde die Bestimmung vielfach so aufgefaßt, daß bei Beförderung z. B. auf 29. Oktober 1931 die Zahlung der höheren Bezüge mit dem 1. November 1932 beginnt, da dies auch der Beginn des 13. Monats ist.

Nach neuester Auslegung des Finanzministers ist die Vorschrift so aufzufassen, daß vom Tag der Auftrüchung oder Beförderung an gerechnet eine 12monatige Sperrfrist läuft. In obigen Beispiel beginnt diese Frist mit dem 29. Oktober 1931 und endet mit dem 28. Oktober 1932, die neuen Bezüge sind also vom 29. Oktober 1932 an zahlbar. Die mißverständliche Auffassung hätte vermieden werden können, wenn in Artikel 49 die Fassung gewählt worden wäre: Bei Auftrüchung sind die entsprechenden Bezüge erst 12 Monate später, vom Tag der Wirksamkeit der Auftrüchung oder Beförderung an gerechnet, zahlbar.

Die neue Auslegung deckt sich übrigens auch nicht völlig mit der auch für Baden geltenden Nr. 7 der Reichsbefoldungsvorschriften, da dort bestimmt ist, der Beginn des Befoldungsdienstalters ist beim Übertritt in eine andere Befoldungsgruppe auf den ersten Tag des Monats festzusetzen.

Vorprüfung für Versorgungsanwärter

Welche Kenntnisse sind für den einfachen und den gehobenen mittleren Dienst bei Stellen in der Reichsfinanzverwaltung nachzuweisen?

Zum Nachweis der für die einzelnen Laufbahnen erforderlichen allgemeinen Bildung hat der Bewerber eine Vorprüfung abzulegen.

1. Vorprüfung für den einfachen mittleren Dienst.
Die Prüfung ist eine schriftliche.
Die Prüfungsaufgaben sind folgende:
a) ein Diktat in — je zur Hälfte — deutscher und lateinischer Schrift, in dem die Sicherheit in der Rechtschreibung und Zeichensetzung nachzuweisen ist (1/2 Stunde);
b) ein deutscher Aufsatz. Es werden zwei gleich schwere Aufgaben aus dem Gebiet des täglichen Lebens zur Wahl gestellt (3 Stunden);
c) sechs Aufgaben aus dem bürgerlichen Rechnen und der Flächen- und Körperberechnung einfacher Art (3 Stunden);
d) eine Aufgabe aus der Staatsbürgerkunde, die auch aus mehreren Einzelfragen bestehen kann (2 Stunden).
2. Vorprüfung für den gehobenen mittleren Dienst.
Die Prüfung besteht aus einem schriftlichen und einem mündlichen Teile.
Die schriftliche Prüfung besteht aus:
a) einem Diktat in — je zur Hälfte — deutscher und lateinischer Schrift, in dem die völlige Sicherheit in der Rechtschreibung und Zeichensetzung nachzuweisen ist (1/2 Stunde). Bei Unsicherheit in der Rechtschreibung und in der Zeichensetzung wird der Prüfling von der weiteren Teilnahme an der Prüfung ausgeschlossen. Die Prüfung gilt als nicht bestanden;
b) einem deutschen Aufsatz. Es werden zwei gleich schwere Aufgaben mit freiem Thema für die Bearbeitung zur Wahl gestellt (4 Stunden);
c) der Übersetzung eines mäßig schweren deutschen Schriftsatzes — etwa 15 Druckzeilen — in eine fremde Sprache und der freien schriftlichen Wiedergabe eines zweimal langsam vorgelesenen fremdsprachlichen Schriftsatzes — etwa 15 Druckzeilen in einer fremden Sprache. Als Fremdsprache sind alle lebenden Sprachen zugelassen (2 Stunden);
d) sechs Rechenaufgaben (zusammen 3 Stunden). In den Aufgaben ist Bruch-, Dezimal-, Prozent-, Zins- und Zinseszinsrechnung, Mischungs- und Gesellschaftsrechnung sowie Flächen- und Körperberechnung zu fordern. Der Prüfling muß die Fähigkeit besitzen, Gleichungen ersten Grades mit einer oder zwei Unbekannten anzusetzen und aufzulösen.
e) einem Aufsatz aus dem Gebiet der Staatsbürgerkunde oder Volkswirtschaftslehre (2 Stunden).

Die Angestelltenversicherung bei der Reichsbahn

- In der mündlichen Prüfung — Prüfzeit für jeden Bewerber etwa 30 Minuten — werden gefordert:
- a) im Deutschen: erhöhte Fähigkeit, sich klar und sprachlich richtig auszudrücken sowie rasch und sicher zu urteilen, Kenntnis der bedeutendsten Werke der deutschen Literatur von Mitte des 18. Jahrhunderts bis zur Gegenwart;
 - b) im Rechnen: dieselben Kenntnisse wie in der schriftlichen Prüfung;
 - c) in Staatsbürgerkunde: Kenntnis der Reichsverfassung und der Verfassung des Heimatlandes, der Behördenorganisation des Reichs und des Heimatlandes sowie des Reichsbeamtengesetzes;
 - d) Volkswirtschaftslehre: Kenntnis der Grundbegriffe des heutigen Wirtschaftens;
 - e) Geschichte: Kenntnis der deutschen Geschichte seit dem 15. Jahrhundert und der Geschichte des Heimatlandes;
 - f) Erdkunde: genaue Kenntnis Deutschlands, allgemeiner Überblick über die europäischen Staaten, die an der europäischen Erdteile und Meere.

Altersgrenze für Jurruhesetzung in Bayern

Die neueste Verordnung des Gesamtministeriums des Freistaats Bayern vom 30. Oktober 1931 zur Sicherung des Vollzugs des Staatshaushalts bestimmt in ihrem § 50:

Etatmäßige Beamte, die das 60. Lebensjahr vollendet haben, können auf ihren Antrag ohne Nachweis der Dienstunfähigkeit unter Bewilligung des Ruhegehalts in den dauernden Ruhestand versetzt werden, wenn ihr Ausscheiden im Interesse des Beamtenabbaues liegt. Dabei kann ihr Ruhegehalt bis zu dem Betrag erhöht werden, auf den sie Anspruch hätten, wenn sie im Zeitpunkt des Ausscheidens aus dem Dienste das 65. Lebensjahr vollendet hätten.

Beamtenfragen im Obenburger Landtag

Der Obenburger Beamtenbund hatte in einer Eingabe an den Landtag gebeten, die Sonderlösung der Gehälter in Obenburger und ebenso die Auftrüchungsperre wieder rückgängig zu machen. Die Eingabe hatte insofern Erfolg, als der Landtag die Eingabe der Regierung in bezug auf die Frage der Sonderlösung hinsichtlich der Befestigung der Auftrüchungsperre zur Berücksichtigung überwies. Ein Antrag der Landvolkpartei, die Staatsregierung zu ersuchen, bei der Reichsregierung auf einen Abbau der Befoldung der Reichsbeamten hinzuwirken, wurde abgelehnt.

Die Besetzung des Kreisbezirks Billingen III, Sitz Trüberg.

Die Stelle eines Kaminfegermeisters für den Kreisbezirk Billingen III, Sitz Trüberg, ist freigeworden. Der Kreisbezirk umfasst die Gemeinden Trüberg, Schönbach, Kohlhardsberg, Gremmlsbach, Ruzsbach, Langenschiltach, Tennenbrunn, Niederwasser, Reichenbach und Hornberg. Die letzten 3 Gemeinden gehören zum Amtsbezirk Wolfach.

Bewerbungen sind unter Anschluß der in § 7 der Kaminfegerordnung vorgeschriebenen Belege innerhalb 4 Wochen hierher einzureichen. R. 711

Billingen, den 16. November 1931.
Badisches Bezirksamt.

Umbau der Altheimbrücke bei Neuenburg.

Auf Grund der Reichsverbindungsverordnung für Bauleistungen haben wir nachstehende Arbeiten öffentlich zu vergeben.

Los 1: Herstellung des Straßensperrwerks, 2 300 cbm Dammschüttung, 200 qm Gestrüß und Schotter, 500 cbm Böschungspflaster.

Los 2: Beton- und Eisenarbeiten, 200 cbm Beton- und Eisenbeton, 12 t Bohrreisen u. Kleineisenzeug.

Zeichnungen und Bedingungen liegen beim Bauamt und auf dem Dienstzimmer des Wasserbaumeisters Neuenburg a. N. zur Einsicht auf. Abgabe von Angebotsordern nach Einsendung von 1 M.

Angebote sind verschlossen mit Aufschrift „Umbau der

Altheimbrücke bis Montag, den 30. November 1931, vorm. 11 Uhr, beim Bauamt einzureichen. Zuschlagsfrist 8 Tage. R. 710

Bad. Wasser- und Straßenbauamt Vörsach.

Bekanntmachung.

Der nach der Verordnung über Finanzstatistik vom 28. Februar 1931 vorgeschriebene Ausweis über die Einnahmen und Ausgaben des Kreises Karlsruhe liegt jeweils in der Zeit vom 16. bis 30. Oktober und 16. bis 30. April jedes Jahres auf dem Kreisbüro, Karlstraße 16, zur Einsichtnahme auf. R. 709

Karlsruhe, 11. Nov. 1931.

Der Kreisvorsitzende: Stritt.

Wir werben für Sie!

Karlsruhe, 11. Nov. 1931.

Karlsruhe. R. 390

Güterrechtsregisterinträge.

1. Zu Band II, Seite 179: Schüring Otto, Händler, Karlsruhe und Ottlie geb. Weiser. Vertrag vom 22. Okt. 1931: Gütertrennung.
2. Seite 180: Schuler Hermann, Kaufmann, Karlsruhe und Anna geb. Joos. Vertrag vom 29. Sept. 1931: Gütertrennung.
3. Seite 181: Ruppender Arthur, Installateur, Karlsruhe und Karoline geb. Hertle. Vertrag vom 13. Okt. 1931: Gütertrennung.
4. Seite 182: Jakob Wilhelm Georg, Mechaniker, Karlsruhe und Frieda Marie geb. Deusch. Vertrag vom 24. Oktober 1931: Gütertrennung.
5. Zu Band III, Seite 250: Glasbrenner Karl, Magaziner, Karlsruhe und Elise geb. Popp. Vertrag vom 20. Oktober 1931. Weiteres Vorbehaltsgut der Frau. 12. November 1931.

Amtsgericht Karlsruhe.

**WINTER
1931
1932**

wir wollen helfen!

Mach Dir und andern Freude,
gib zur Winternothilfe!

Mittwoch, den 18. Nov. 1931
* A 9 (Wittwochniete)
Th.-Gem. II. S.-Gr.
Die Maste
Oper von Jenö Hubay
Dirigent: Strips
Regie: Pruscha
Mitwirkende:
Blant, Haberlorn, Winter, Falke, Friedrich, J. Gröninger, Hopf, Kalnbach, Kiefer, Löfer, Rentwig, Derner, Schöpf, lin, S. Mininius
Anfang 19/ Ende 22
Preise E (1-6,30 R/)

Do. 19. 11. Die Prinzessin auf dem Seil. Fr. 20. 11. Neu einstudiert: Hänsel und Gretel. Hierauf: Neu einstudiert: Die Puppenfee. Sa. 21. 11. Uraufführung: Hochkapler-Komödie. So. 22. 11. Don Giovanni. Im Konzertsaal: Keine Vorstellung.